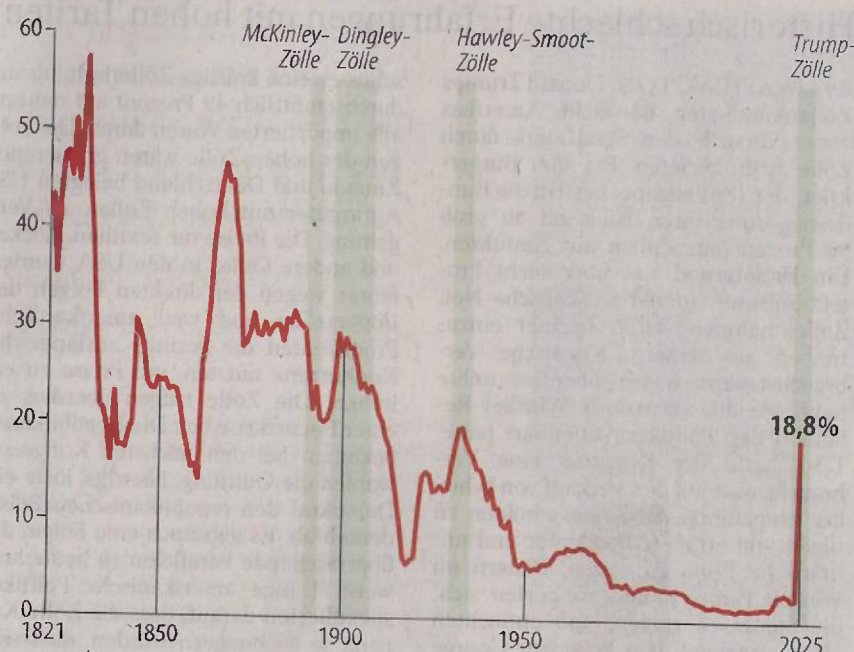


Zollsatz so hoch wie zuletzt 1911

Durchschnittssatz auf Importe in die Vereinigten Staaten, in Prozent

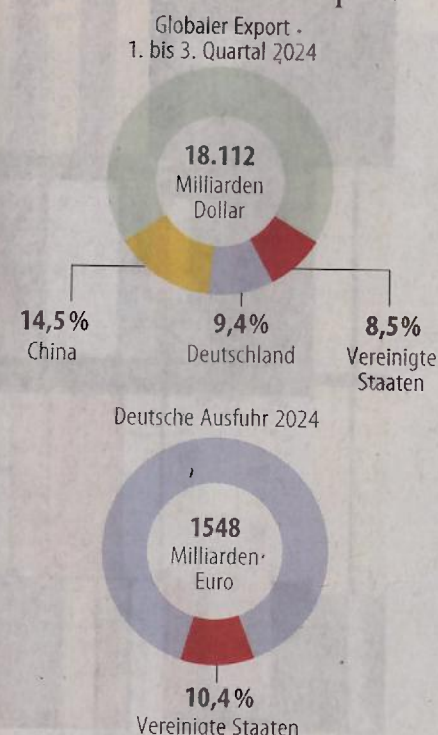


1) Berechnete angebliche Zölle gegenüber den USA. / Quellen: Tax Foundation; The White House; NYT; U.S. Census Bureau; WTO; Destatis; F.A.Z.-Archiv / F.A.Z.-Grafik: fbr., pwe.

Trump's reziproke Zölle

	Zölle der anderen in Prozent	Reziproke Zölle der USA	Handelsbilanzsaldo 2024 in Mrd. Dollar
China	67	34	-295
EU	39	20	-236
Vietnam	90	46	-124
Taiwan	64	32	-74
Japan	46	24	-69
Indien	52	26	-46
Südkorea	50	25	-66
Thailand	72	36	-46
Schweiz	61	31	-39
Indonesien	64	32	-18
Malaysia	47	24	-25
Kambodscha	97	49	-12
Ver. Königreich	10	10	+12
Südafrika	60	30	-9
Brasilien	10	10	+7

Anteile am Warenexport



Am kürzeren Hebel

Von Hendrik Kafsack, Brüssel

Die Hilflosigkeit der Europäer nach Präsident Trumps Zollorgie ist unübersehbar. Ihre Antwort bleibt unklar, weil sie nicht wissen, was Trump wirklich erreichen will, für welche Angebote er offen ist und wie man ihm wehtun kann. Die EU-Kommission müht sich zwar redlich um Kontakte in Donald Trumps Umfeld. So hat sie immerhin mit Handelsminister Howard Lutnick gesprochen. Welchen Einfluss dieser überhaupt hat, kann aber niemand sagen.

Vor diesem Hintergrund tut die EU gut daran, an ihrer bisherigen Strategie festzuhalten: ruhig und sachlich zu bleiben, immer wieder Verhandlungen anzubieten und erst dann hart zurückzuschlagen, wenn es unvermeidlich ist. So verführerisch es sein mag, auf die neuen Zölle mit gleichem Zollsatz zu reagieren oder die US-Digitalkonzerne und damit Trumps „Bros“ ins Visier zu nehmen – es wäre ein Fehler. Die Europäer haben in dem unweigerlich folgenden Zollkrieg zu viel zu verlieren. Sie können ein „Wie du mir, so ich dir“ nicht gewinnen. Dieser Konflikt ist, anders als es Nachwirtschaftsminister Robert Habeck sagt, eben kein Armdrücken.

Trump hat die Eskalationsdominanz. Er wird immer weitere und höhere Zölle erheben. Einen Vorgesmack erhielt die EU, als sie in Reaktion auf die US-Stahlzölle ihr erstes kleines Gegenzollpaket anstieß. Trump drohte daraufhin mit 200-Prozent-Zöllen auf Champagner und Wein und zwang die EU in die Defensive. Zugleich müssen die Europäer den Eindruck des Duckmäusertums vermeiden. Sie dürfen dem Klassenbully nicht den Schulhof überlassen. Dafür muss Brüssel zügig ein Paket erarbeiten und ins Schaufenster stellen, das Trump und seine Entourage wirklich treffen kann.

Die Hoffnung bleibt, dass Trump sich am Ende nicht mit der gesamten Welt anlegen will, ihn die Finanzmärkte umstimmen oder ihm andere Vorhaben wie seine große Steuerreform wichtiger als Handelskonflikte erscheinen. Dann ist Ursula von der Leyen gefragt, um – wie einst ihr Vorgänger Jean-Claude Juncker – Trump einen Deal schmackhaft zu machen. Bis dahin sollte sie den Fokus darauf legen, die EU wettbewerbsfähiger zu machen. Das bleibt immer noch die beste Antwort auf Trump.

Zollattacke trifft Freund und Feind

Donald Trump wählte brachiale Worte. Engste Handelspartner hätten die USA mit ihrer Zollpolitik „geplündert und vergewaltigt“, sagte der amerikanische Präsident in Washington. Um die größte Volkswirtschaft der Welt in ein „goldenes Zeitalter“ zurückzuführen, werde er per Dekret „reziproke Zölle“ anordnen, die vom 9. April an gelten sollen: zehn Prozent pauschal für alle Länder, 20 Prozent auf alle Einfuhren aus der Europäischen Union, 34 Prozent für chinesische Waren, die zu den bereits verhängten 20 Prozent hinzukommen, 24 und 46 Prozent für Lieferungen aus Japan, Vietnam, Südkorea und Indien. Der Durchschnittszoll, steigt mit den Ankündigungen auf 18,8 Prozent und liegt damit so hoch wie zuletzt im Jahr 1911. „Dieser Tag wird in die Geschichte eingehen als der Tag, an dem die amerikanische Industrie wiedergeboren wurde“, versprach Trump.

Außerhalb des Rosengartens des Weißen Hauses stand Trump mit dieser Einschätzung relativ allein da. Für den Fall, dass Trump bei seinen Plänen bleibt, sei das „der größte Angriff auf den Freihandel seit dem Zweiten Weltkrieg“, sagte Ifo-Präsident Clemens Fuest der FAZ.

Trump's Zollankündigung droht Deutschland in die Rezession zu stürzen. Doch am stärksten bedrohen die Handelsbarrieren Amerika selbst. Wie schlägt die EU zurück?

deutschen Autokonzerne, die im vorigen Jahr 445.000 Autos im Wert von 24,8 Milliarden Dollar in die USA geliefert haben, werden sogar mit einem 25-Prozent-Zoll belastet, der am Donnerstag in Kraft trat. VW stoppte einem Medienbericht zufolge am selben Tag vorübergehend die Auslieferung von Fahrzeugen aus Mexiko in die USA und hält Importe aus Europa vorerst in den Häfen zurück.

Auch die anderen großen Exportbranchen verdienen derzeit viel Geld in Amerika: Die Pharmaunternehmen machen etwa ein Viertel ihres Geschäfts in den USA, sie exportieren dorthin Waren im Wert von 27 Milliarden Euro. Die Maschinenbauer exportierten zuletzt zwölf Prozent ihrer Waren nach Amerika, die Chemieunternehmen sieben Prozent. Entsprechend alarmiert äußerten sich am Donnerstag die Vertreter aus den USA.

der Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer DIHK, Volker Treier. Der geschäftsführende Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) gab sich kämpferisch. Er sehe wachsende Verkaufschancen für deutsche Autohersteller, weil Trumps Chefberater, der Tesla-Eigentümer Elon Musk, der Reputation der Elektroautomarke schade.

In den Fokus rückte am Tag nach Trumps Zollentscheidung die Frage, wie die richtige Reaktion aussehen sollte. Wirtschaftsvertreter appellierten an die Politik, das einschneidende Ereignis als Chance für neue Freihandelsabkommen mit gleichgesinnten Partnern zu nutzen, die nun ebenfalls Verluste im Amerikageschäft zu befürchten haben. „Die Abkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten sowie mit Indien müs-

sen wir.“ Die EU-Kommission setzte am Donnerstag auf Deeskalation. Die Union sei bereit zu handeln und bereite Gegenmaßnahmen vor, teilte Kommissionschefin Ursula von der Leyen mit. Vor allem aber bot sie Trump an, über den Abbau von Handelsschranken zu sprechen: „Lassen Sie uns den Konfrontationskurs verlassen und verhandeln.“ Diplomaten rechnen nicht damit, dass die Kommission schnell neue Schritte gegen die USA ankündigt. Sie werde zunächst das ohnehin für Montag angesetzte Treffen der EU-Handelsminister abwarten.

Ob Druck auf Trump oder Zugeständnisse an ihn etwas an den Zöllen ändern kann, blieb am Donnerstag offen. Trump hatte einerseits gesagt, dass Länder ihre eigenen Zölle senken sollten, sofern sie Erleichterungen anstreben. Zugleich wurde kolportiert, dass die Zollankündigung keine

keine

Sieg der Ignoranz

Von Winand von Petersdorff, Washington

Zu den faszinierenden Facetten des aufziehenden Handelskrieges gehört die Tatsache, dass Donald Trump das Thema Zölle seit den Achtzigerjahren umtreibt, ohne dass ein Lernfortschritt zu erkennen

die Suche nach Schuldigen machen, denen er seine hausgemachte Krise anlasten kann.

Wie die Tax Foundation jetzt ermittelte, beträgt die durchschnittliche Zollrate der USA nun 18,8 Prozent.

Außerhalb des Rosengartens des Weißen Hauses stand Trump mit dieser Einschätzung relativ allein da. Für den Fall, dass Trump bei seinen Plänen bleibt, sei das „der größte Angriff auf den Freihandel seit dem Zweiten Weltkrieg“, sagte Ifo-Präsident Clemens Fuest der F.A.Z. Wirtschaftsverbände sprachen von einem „Tiefschlag für die Weltwirtschaft“. Die Furcht vor den Auswirkungen der Zölle ließ die Aktienkurse rund um die Welt absacken. Der S&P-500 fiel nach Handelsöffnung am Donnerstag um 3 Prozent, der Deutsche Leitindex Dax rutschte zunächst um 2,3 Prozent auf 21.873 Punkte ab. Einzelne Werte, wie die stark vom Welthandel abhängigen Konzerne Adidas und Puma, verloren im Tagesverlauf mehr als ein Zehntel ihres Wertes.

Doch was werden die langfristigen Folgen für die Weltwirtschaft und die Exportnation Deutschland sein? Nach Angaben der EU-Kommission treffen die von Trump angekündigten und verhängten neuen Zölle 70 Prozent der Ausfuhr in die USA, Waren im Wert von 370 Milliarden Euro. Weil der Warenverkehr teurer wird und Lieferketten womöglich neu gestaltet werden müssen, rechnen Ökonomen mit insgesamt sinkender Produktion rund um den Globus. Das Bruttoinlandsprodukt der Welt werde im ersten Jahr nach Inkrafttreten der Zölle um knapp ein Prozent geringer ausfallen als ohne die Zölle, errechnete Julian Hinz, Handelsforscher des Kiel Instituts für Weltwirtschaft. Die Inflation werde hingegen global um 0,5 Prozentpunkte höher ausfallen.

Für die Exportnation Deutschland verändern die angekündigten Zölle das Handelsverhältnis mit seinem wichtigsten Handelspartner. 2024 verkauften deutsche Unternehmen Waren im Wert von etwa 161 Milliarden Euro in die USA, was etwa einem Zehntel des deutschen Exports entsprach. Der Handelsüberschuss summierte sich auf knapp 70 Milliarden Euro, was Trump ein Dorn im Auge ist (siehe Kasten). Ein 20-Prozent-Zoll Amerikas würde die deutsche Wirtschaftskraft im kommenden Jahr um 0,5 Prozent drücken, errechnete Hinz. Die Inflation könnte hierzulande aber geringer ausfallen, unter anderem weil günstige Produkte aus Asien künftig nicht mehr nach Amerika, sondern nach Europa geliefert werden.

Nach zwei Jahren mit schrumpfender Wirtschaftsleistung gab es zuletzt Anzeichen für leichtes Wachstum. Nun droht eine längere Rezession. „Da Deutschlands Wirtschaft bereits stagniert, ist es möglich, dass die US-Zölle das Wirtschaftswachstum in Deutschland unter die Nulllinie drücken“, sagte Ifo-Chef Fuest der F.A.Z.

Besonders betroffen ist die ohnehin schwächelnde deutsche Industrie. Die

sie exportieren dorthin Waren im Wert von 27 Milliarden Euro. Die Maschinenbauer exportierten zuletzt zwölf Prozent ihrer Waren nach Amerika, die Chemieunternehmen sieben Prozent. Entsprechend alarmiert äußerten sich am Donnerstag die Vertreter aus der Wirtschaft. „Das Vorgehen bedroht unsere exportorientierten Unternehmen und gefährdet Wohlstand, Stabilität, Arbeitsplätze, Innovationen und Investitionen weltweit“, sagte Wolfgang Niedemark, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Industrieverbands BDI. Sie versuchten aber auch, Stärke zu demonstrieren. „Wir sind auch auf anderen Weltmärkten gut vertreten“, sagte

Chance für neue Freihandelsabkommen mit gleichgesinnten Partnern zu nutzen, die nun ebenfalls Verluste im Amerikageschäft zu befürchten haben. „Die Abkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten sowie mit Indien müssen jetzt endlich unter Dach und Fach gebracht werden“, sagte DIHK-Vertreter Treier. Der Industrieverband BDI rief zur Geschlossenheit innerhalb der Europäischen Union und den betroffenen Branchen auf. Man unterstütze das bisherige Vorgehen der Kommission in Brüssel. „Die EU hat eigene Instrumente für eine wirksame Gegenreaktion, die sie entschlossen ausspielen kann“, so In-

Zöllen ändern kann, blieb am Donnerstag offen. Trump hatte einerseits gesagt, dass Länder ihre eigenen Zölle senken sollten, sofern sie Erleichterungen anstreben. Zugleich wurde kolportiert, dass die Zollankündigung keine Einladung zu Verhandlungen sei, also nicht ein erster Aufschlag, der andere Länder etwas abtrotzen soll. Finanzminister Scott Bessent forderte die Handelspartner der USA auf, keine Vergeltungsmaßnahmen gegen die neuen Strafzölle von Präsident Trump zu ergreifen. „Ich würde nicht versuchen, Vergeltung zu üben“, sagte er in einem Interview.

Die für Amerika entscheidende Frage ist, wie die Zölle für die eigene Volkswirtschaft funktionieren werden. Trump argumentiert, dass die Zölle zu Einnahmen für die Bundesregierung von bis zu einer Billion Dollar im Jahr führen könnten. Sie könnten dazu beitragen, die Staatsschulden zu senken und Einkommenssteuern zu ersetzen. Die Idee des Präsidenten, mit den Zöllen direkte Steuern wie die Einkommensteuer ganz zu ersetzen, bezeichnet Ifo-Chef Fuest am Donnerstag als „illusorisch“. Trump könne die Zolleinnahmen jedoch verwenden, um die Steuern zu senken. „Allerdings wird das stark regressiv wirken. Wenn Trump außerdem das Budgetdefizit senken will, wie er behauptet, wird es nichts mit den Steuersenkungen“, sagte Fuest.

Insgesamt gehen Ökonomen davon aus, dass Amerika der größte Leidtragende der eigenen Zollpolitik sein wird. Die US-Wirtschaft verliert rund 1,9 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung und muss einen Preisanstieg um mehr als 1,7 Prozentpunkte hinnehmen, kalkuliert IfW-Forscher Hinz. Potentielle Rückverlagerungen von Industriearbeitsplätzen nach Amerika würden von größeren Negativeffekten überstrahlt. „Wenn Trump Investitionen in die USA locken und gleichzeitig das Handelsdefizit reduzieren will, müssen die Amerikaner selbst mehr sparen. Das erfordert schmerzhaft Anpassungen in Form von Konsumverzicht“, sagt Fuest.

Wie schwer Trumps Ziel, heimische Unternehmen zu schützen und ausländische zu „betrafen“, zielgenau umzusetzen ist, zeigte sich schon am Donnerstag. Das US-Unternehmen Apple, der gemessen an der Marktkapitalisierung größte Konzern der Welt, verlor am Donnerstag an der Börse mehr als sieben Prozent. Er stellt einen Großteil seiner Geräte in China her, und für Einfuhren von dort soll fortan ein zusätzlicher Zoll von 34 Prozent gelten. Apple hat verstärkt Produktionskapazitäten in Vietnam und Indien aufgebaut, um seine Lieferketten zu diversifizieren, aber auch über diese Länder hat Trump jetzt hohe Zölle verhängt.

itz./hmk./jpen./lid./wvp.

Wie Amerika die neuen Zölle berechnet

Reziprok sollen die neuen Schutzzölle sein und all die Nachteile ausgleichen, die das Ausland den Vereinigten Staaten im Handel angeblich auferlegt. Danach wollen die Vereinigten Staaten auf die Einfuhr aus allen Ländern einen Mindestzoll von zehn Prozent erheben. Für einzelne Länder liegen die Zölle weit höher, weil diese Länder aus Sicht Trumps viel höhere Handelsschranken gegen Waren aus Amerika errichtet haben.

Für die Europäische Union etwa hat die amerikanische Regierung einen notwendigen oder berechtigten Schutzzoll von 39 Prozent errechnet, will aber nur 20 Prozent erheben. Die echten oder vermeintlichen Nachteile, gegen die Trump sich wehrt, fassen der Präsident und seine Mannen weit. Es geht um ordinäre Zölle, Exportsubventionen oder Regulierungen oder Produktstandards, die ausländische Güter beim Import erfüllen müssen. Es geht um angeblich abgewertete Währungen oder einen künstlich unterdrückten Konsum der Handelspartner. Es geht auch um die Mehrwertsteuer, mit der etwa die EU eingeführte Waren in der Form der Einfuhrumsatzsteuer besteuert.

Wie entstehen daraus die Zollsätze? Die Idee, dass Hunderte Angestellte in der amerikanischen Regierung global Zehntausende unterschiedliche Zollsätze, Regulierungen und steuerliche Benachteiligungen im Detail erfassten, um diese in einer einzigen Zollziffer je Land zu aggregieren, übersteigt die Vorstellungskraft. Die amerikanische Regierung

greift zur Berechnung der Zölle deshalb auf eine einfache Formel zurück, die nach Darstellung des Handelsbeauftragten in einer groben Annäherung die Benachteiligungen erfasst. Im Kern versuchen die Regierungsökonominnen den Zollsatz zu berechnen, der das jeweilige bilaterale Handelsdefizit der Vereinigten Staaten auf null brächte. Dazu werden der Import und der Export erfasst, und es wird kalkuliert, wie sehr die Preise von und die Nachfrage nach ausländischen Waren auf höhere Einfuhrzölle reagieren. Über diese sogenannten Elastizitäten gibt es Studien für die Vereinigten Staaten.

Im Kern führt diese vereinfachte Berechnung dazu, dass die Höhe der gewählten Zollsätze sich recht genau am jeweiligen Handelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten mit dem entsprechenden Land orientiert. Je höher das Handelsbilanzdefizit mit dem Handelspartner, desto höher der Zollsatz. Man kann darin ein Indiz sehen, dass das treibende Motiv hinter der Zollpolitik Trumps tatsächlich das seit Jahrzehnte bestehende Handelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten ist. Deshalb leisten europäische Exporteure künftig einen Einfuhrzoll von 20 Prozent, während chinesische Unternehmen 34 Prozent zahlen müssen. Länder mit einem recht geringen Handelsbilanzüberschuss Richtung Amerika und Länder, mit denen die Vereinigung Staaten einen Handelsüberschuss erzielen, unterliegen künftig generell dem Einfuhrzoll von zehn Prozent. pwe.

ges gehört die Tatsache, dass Donald Trump das Thema Zölle seit den Achtzigerjahren umtreibt, ohne dass ein Lernfortschritt zu erkennen wäre. Die „reziproken“ Zölle, mit denen der amerikanische Präsident jetzt als besonders übel denunzierte Handelspartner einschließlich Deutschland überzieht, sind das Ergebnis einer hanebüchenen Kalkulation. Im Vorfeld des „Tages der Befreiung“, als den Trump seine Ankündigung der Zölle feiert, hatten seine Mitstreiter noch den Eindruck erweckt, sie würden Zölle und andere Handelsbarrieren der jeweiligen Länder präzise quantifizieren und auf dieser Basis mit Gegenzöllen vergelten. In Wahrheit haben sie für jedes Land einfach das jeweilige US-Handelsbilanzdefizit durch die Importe aus dem Land geteilt. So kamen sie zu dem Ergebnis, dass Zölle und Handelsbarrieren der EU für Einfuhren aus den Vereinigten Staaten 39 Prozent betragen.

Das ist eine bemerkenswert unseriöse Berechnung. Handelsbilanzdefizite haben mit Zöllen wenig zu tun und können im Übrigen auch durch hohe Zölle nicht eliminiert werden. Europas Einfuhrzölle betragen grob drei Prozent und waren damit einen Hauch höher als das alte amerikanische Zollniveau. Die Rechnung wird aber noch unseriöser, denn sie unterschlägt die Dienstleistungen, mit denen die USA einen massiven Überschuss erwirtschaften.

Man muss böartige Ignoranz vermuten. Aber sie passt ins Bild eines Mannes, dessen Vorstellung einer blühenden Wirtschaft irgendwann in den Sechzigerjahren stecken geblieben ist. Da gab es rauchende Schornsteine, verrußte Bergwerke und Fließbänder, die immer liefen. Die Importzölle schützen heute Arbeitsplätze im kleinen Produktionssektor der amerikanischen Wirtschaft, der nun durch mangelnde Konkurrenz Spielraum bekommt, Preise zu erhöhen, und sich gleichzeitig etwas weniger anstrengen muss, um die Kunden zu bedienen.

Die Zölle wirken wie eine gewaltige Steuererhöhung, die eine Mittelschicht besonders hart trifft, die in ihrer großen Mehrheit nicht in der Industrie arbeitet und deshalb nichts davon hat, dass ihr Arbeitgeber nun weniger Konkurrenz aus dem Ausland hat. Es wird interessant zu beobachten sein, wie Trump den Familien die Einbußen ihrer Kaufkraft schmackhaft macht, nachdem er sie in der Wahl gewinnen konnte, weil ihnen die Welt zu teuer geworden war. Weil auch mit deutlich gedämpften Wirtschaftswachstum zu rechnen ist, sollte sich Trump schon einmal auf

anlasten kann.

Wie die Tax Foundation jetzt ermittelte, beträgt die durchschnittliche Zollrate der USA nun 18,8 Prozent. Das ist der höchste Wert seit 1911. Der historische Einschnitt ist tief, die geopolitischen Folgen werden schwerwiegend sein, wenngleich schwer vorhersehbar. Aus der Erfahrung eines verfehlten Protektionismus mit fatalen Folgen hatten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg das moderne Welt-handelssystem geschaffen. In langen, zähen Prozessen sanken die Zölle, die Welt erlebte eine Phase ungeahnter

Donald Trump vernichtet eine der größten politischen Errungenschaften der USA.

Prosperität bei allen Verwerfungen, die dieser Prozess auch nach sich zog. Für die USA war die Entwicklung überaus positiv, wie das Wirtschaftswachstum und die Produktivitätsfortschritte in den vergangenen Jahren eindrucksvoll belegen. Es war, wie Paul Krugman jetzt schrieb, eine der größten politischen Errungenschaften der USA, die Trump nun mit einem Federstrich zunichte machte.

In diesem Zusammenhang ist erstaunlich, dass solche tiefgreifenden Entscheidungen, die das Leben von Millionen von Menschen im In- und Ausland beeinträchtigen, ohne Mitwirkung des Kongresses getroffen werden. Das amerikanische Recht erlaubt es Trump, Handelsbilanzdefizite, deren wahre Natur und Ursache er nicht verstehen will, als Notfall für die nationale Sicherheit zu definieren. Ein großer Teil der Zölle trifft übrigens Güter wie Kaffee, Tee, Zinn oder Bananen. Den Phantasten im Weißen Haus wird schon einfallen, warum der Import von Südfrüchten die nationale Verteidigungsbereitschaft unterminiert und daher mit Zöllen zu strafen ist. Schließlich könnte ja auch Amerika Bananen ziehen.

Der Kongress könnte dem Ganzen Grenzen setzen, müsste dafür aber Rückgrat beweisen, weshalb keine Intervention droht. Dass Trump die Entmachtung der Exekutive zu seinen politischen Zielen erklärt hatte, erweist sich als weitere Lachnummer. Bemerkenswert ist, wie unpopulär der Handelskrieg in der Bevölkerung ist. Populismus mag schlecht sein, gefährlicher ist ein ignoranter Präsident, der keine Rücksicht auf Land und Leute nimmt.

LEBEN IN MAILAND

Hohe Wohnkosten und ein Korruptionsskandal bewegen die italienische Metropole.

Immobilien, Seite 20



SUPER-APPS FÜR ASIEN

Gibt es Alternativen zu sozialen Netzen aus den USA? Beispiele aus Asien.

Wirtschaft, Seite 24

VIELE BAUSTELLEN BEI TESLA

Nach einem Medienbericht könnte Elon Musk seinen Regierungsposten aufgeben.

Unternehmen, Seite 25